

Anmerkungen zur Krise '08

1.

Nach wie vor laboriert das internationale Bankkapital an der sogenannten Hypothekenkrise und ihren Ausläufern. Das Kapitel firmiert immer noch unter diesem Namen, obwohl mittlerweile auch lauter Papiere, Titel, Finanzprodukte abgeschrieben werden, die nicht aus neu entdeckten Geschäften dieser Machart stammen. Die sogenannten Turbulenzen, die vor einem Jahr mit der Entdeckung uneinlösbarer Hypothekenkredite angefangen haben, haben sich zu etwas anderem ausgewachsen: Das Vertrauen in andere Emittenten von Wertpapieren und deren generelle Geschäftstüchtigkeit platzt. Und wenn man es schon so sehen soll, dass von einer Zinssteigerung zahlungsunfähig gemachte Häuserkäufer in Amerika es geschafft haben, diese Kette in Bewegung zu setzen, bleibt immer noch die Frage, wie sie denn zustande gekommen ist, wer die Dominosteine so schön aufgestellt hat, dass sie einmal angetippt, der Reihe nach ins Kippen kommen. Es sind dann doch wohl eher die Finanzexperten als verantwortungslose amerikanische Kleinschuldner, die dieses Gebäude errichtet haben.

Der Verlust an Vertrauen, mit dem sich die großen Geldfirmen rund um die Welt herumschlagen, betrifft ihre Geschäftsmittel. Das sind die von ihnen akquirierten Depositen, die verliehenen Gelder, die ausgegebenen Wertpapiere, ihre Finanzprodukte bis hin zu den schönsten Derivaten, zudem noch ihre Rechte bei der Nationalbank und am Ende auch noch ihre Bargeldreserven - kurz: alles, was so eine Bank zu ihrem Volumen zusammenstellt und was der ganzen Welt als ihr Vermögen gilt. Deren Tauglichkeit wird in Frage gestellt, in Bezug auf Qualität wie Quantität. Die branchenübliche Routine, mit der die konkurrierenden Finanzinstitute, die Investoren und Rating-Agenturen sowie die zuständigen staatlichen Stellen den Nachweis der Liquidität verlangen und erbringen, ist verlassen.

In etlichen Fällen hat sich herausgestellt, dass die Liquidität über die gewohnten Techniken nicht mehr herzustellen war - bei ehrwürdigen deutschen Landesbanken zum Beispiel, bei Banken von gewichtiger Statur wie Northern Rock oder Bear Stearns und bei den schon einmal geretteten und wieder rettungsbedürftigen „staatsnahen Finanzierungs-Agenturen“ mit den sympathischen Namen „Freddie“ und „Fannie“, die einen „Wertpapierbestand von mehr als 5000 Mrd. Dollar in Schieflage“ zu befördern drohen. Das wechselseitige Leihen nötiger Geldmittel zwischen den Banken ist unterblieben; die betroffenen Geldinstitute sind nicht mehr flüssig; keine momentane Geldklemme, sondern Verluste sind zu bewältigen und müssen irgendwie in den Bilanzen untergebracht werden. Und wenn sich die zuständige Finanzaufsicht um die Bereinigung dieser Fälle kümmert, ist auch klar, dass es nicht um business as usual geht. Man bemüht sich, die Verluste einzugrenzen, sie auf diese

Fälle zu beschränken. Es kommt auch vor, dass in Gestalt von Bankfusionen oder Verkäufen einzelner Sparten ein Schlusstrich unter geplatze Geschäfte gezogen wird, eine moderne Fassung von Bankrott. Oder Nationalbanken übernehmen Kreditpakete in ihr Eigentum, über deren zweifelhaften Wert sich niemand etwas vormacht.

Weitere potente national wie ‚global players‘ werden zur Beurkundung strammer Verluste gezwungen. Die mögen zwar mit ihrem riesigen Volumen an Geschäftsfähigkeit jeden Zweifel an ihrer Liquidität einstweilen erschlagen, lassen aber bei solchen Einbrüchen ihrer Bilanzen eine erhebliche Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit erwarten. Das gibt allen, die sich um den Gesundheitszustand „der Wirtschaft“ sorgen, schwer zu denken.

2.

Da bis zum Ausbruch der Turbulenzen in der Abteilung „Geld und Kredit“ manches nationale Wachstum zu verzeichnen war und die Statistik auch der zusammengezählten Weltwirtschaft begrüßenswerte Zuwächse bescheinigte, kommt erst einmal die Frage auf, ob das nun so weitergeht oder ob die Finanzkrise „die Konjunktur belastet“, „auf die Realwirtschaft übergreift“. Natürlich stellen sich solche Zweifel deswegen ein, weil den Gutachtern der Wirtschaftslage gewisse „Zusammenhänge“ zwischen Geldwirtschaft und „Realökonomie“ bekannt sind; dennoch lebt einen Moment lang das *Ideal* auf, die Nöte der Geld- und Kreditschöpfer möchten *ohne Wirkung* auf den Sektor bleiben, in dem Kapital in Arbeit investiert wird, die Waren erzeugt, sich also durch Produktion vermehrt. Und dem *Ideal* trauert man noch immer hinterher:

„Das alles“ - „die vierte Welle der Finanzkrise“, eine vorläufige Schätzung veranschlagt „Gesamtverluste von 1100 Milliarden Euro“ - „wäre besser zu verkraften, wenn sich die Wirtschaft in einer besseren Verfassung befände. Doch aus Amerika kommt eine Hiobsbotschaft nach der anderen. Wer den Wert seines Hauses schwinden sieht, ist kaum bereit, weitere Kredite für den Autokauf oder das neue Mobiliar aufzunehmen. Oder er bekommt erst gar kein Geld geliehen.“ (FAZ, 9.7.)

Das geht offensichtlich prima, sich erst einmal ‚die Wirtschaft‘ ganz jenseits der Finanzabteilung vorzustellen und auszumalen, wie schön es wäre, wenn ein Wachstum dort die Verluste im Finanzsektor irgendwie kompensieren würde, um dann in einem zweiten Schritt die erstaunliche Entdeckung zu machen, dass sich geplatze Kredite über eine der vielen Wirkungsketten auch als vernichtete Zahlungsfähigkeit und nicht existente Kaufkraft darstellen. So ist dann ‚die Wirtschaft‘, obwohl man sie gerne für immun erklärt hätte, leider doch vom „Siechtum“ des Finanzsektors affiziert.

Angesichts dessen, dass der Kapitalumschlag wie die Investitionstätigkeit im „realen“ Sektor noch jeden ihrer Fortschritte durch die Inanspruchnahme von Krediten erzielen und dass der Zahlungsverkehr vollständig den Banken und ihrer Bewirtschaftung von Kreditgeld überantwortet ist, können die milliardenschweren Verluste des Kreditgewerbes die Bilanzen seiner Kundschaft wohl kaum unberührt lassen. Die interessierten Betrachter, wenig dazu geneigt, sich über diese von Geld- und Realwirtschaft eingegangene innige Verbindung Rechenschaft abzulegen, lassen sich aber lieber von den Symptomen

einer weitergehenden Ansteckung darüber belehren, dass ihr Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist.

Jedenfalls ist die Etappe, in der die robuste Konjunktur als Rettungsanker gegenüber den von der Sparte „Finanzindustrie“ veranstalteten Turbulenzen beschworen worden ist, nun vorbei. Die Fachwelt kommt nicht umhin zu konstatieren, dass ihr krampfhaftes Bemühen um die Aufrechterhaltung der guten Laune, die Bestärkung des Glaubens an den unverwüstlichen Gesundheitszustand der Realwirtschaft vergeblich war; die Krise ist da.

3.

Der fällige *Realismus* ergeht sich in statistischen Versuchen, den Schaden zu beziffern, der sich in der Realwirtschaft einstellt, um ihn in Prognosen hochzurechnen, damit die Finanzminister und Arbeitsämter verkünden können, was auf uns zukommt. Eine staatliche Schadensbilanz wird veranschlagt, nicht zuletzt wegen des Haushalts, Schäden sind zu registrieren; die eingestandene Ohnmacht gegenüber dem Wirken der Konjunktur fordert umso mehr Tatkraft beim Einteilen des Budgets der abhängig Beschäftigten.

Wenn die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert sind, bleibt das praktische Bedürfnis, wenigstens jetzt einzugreifen und den Schaden so klein wie möglich zu halten. Die gesamtkapitalistischen Instanzen der öffentlichen Gewalt werden tätig. Sie bemühen sich, die Kettenreaktion zum Stillstand zu bringen, die den Finanzsektor heimsucht und seine Dienste lahmzulegen droht. Alle, die für den Gang „der Wirtschaft“ - theoretisch oder praktisch - zuständig sind, hüten sich vor der Konsequenz, die manch hämischer Kommentar über die Verfehlungen der Branche nahelegt: Einfach zusehen, wie ein Posten Kredit nach dem anderen seine Qualität als Geld und Kapital verliert, geht nicht!

So viel ist der Öffentlichkeit klar: Die Lage ist dramatisch und fordert Maßnahmen. Das staatliche Bekenntnis zu einem funktionstüchtigen Bankenwesen hat die öffentlichen Begutachter auf alle Fälle auf seiner Seite. Schon gleich, wenn sich Behörden und Minister für mehr *Kontrolle* und *Transparenz* stark machen. Unisono schallt es aus den Wirtschaftsteilen zurück: Den Einsatz der Staatsgewalt zum vorbeugenden Verbot misslungener und Gebot erfolgreicher Spekulation, die staatliche Ermittlung und Verordnung eines *gesunden Maßes spekulativer Geschäfte* - das hätte man sich schon lange gewünscht. Rückwirkend werden Börsenaufsichten und Notenbankchefs (am liebsten auswärtige) am Maßstab dieses Ideals blamiert; und dieser Typus Kritiker scheut auch nicht davor zurück, jetzt die Risikofreude zu verdammen, die nach seinem prinzipienfesten Urteil sonst immer die Genialität des Systems ausmacht.

Es gibt sogar ein paar vorwitzige „Sozialkritiker“, die in den Milliarden, die die Notenbanken gefährdeten Banken herüberschieben, entdecken, was sie ansonsten offenbar übersehen: das Betreuungswesen, das die Grundlage des ganzen Geschäftszweigs ausmacht. Deshalb reden sie ausgerechnet anlässlich der Maßnahmen, die einer Krise gelten, von „Auskaufen“ und „Sozialismus für die Reichen“ ... - wobei sie sich auf den „Augenschein“ berufen, den sie mit „Geld in die Märkte pumpen“ etc. umschreiben.

In einer Welt, in der der Normalmensch für jedes Gut und für jede Leistung erst einmal ein Geld hinlegen muss, in der der staatliche Reformgeist sich an dem Experiment versucht, mit wie wenig eine Hartz-IV-Mannschaft auskommen können muss, lässt sich mit der Vorstellung, dass Banken von der Nationalbank Geld ‚einfach so‘, beinahe ‚geschenkt‘ bekommen, leicht Empörung erregen. Die geht allerdings deswegen an der Sache vorbei, weil im regen Verkehr zwischen Nationalbank und Banken immerzu eine staatliche Geld"versorgung" stattfindet. Die wird gerade deshalb für unverzichtbar erklärt, weil ‚die Wirtschaft‘ darauf basiert und das allgemein doch so geschätzte Wachstum durch eine reichliche Kreditvergabe gefördert wird. Davon dass der Staat in den guten Zeiten die späteren Hasardeure zu ihren „Wetten“ berechtigt, mit dem Auftrag zur erfolgreichen Spekulation losgeschickt, mit den nötigen Mitteln und Garantien dafür ausgestattet hat, will man aber dann nichts wissen, wenn es die Kreditwirtschaft so weit gebracht und sich in eine Blase hineingewirtschaftet hat.

Für die modische Empörung, dass der Staat mit dem guten Geld der Steuerzahler einen Haufen Hasardeure rettet, findet sich auch genügend Platz in den seriösen Wirtschaftsteilen. Man gönnt sich und dem aufgebrachten Publikum die Genugtuung, sich eine Krisenbewältigung unter Anwendung des Verursacherprinzips vorzustellen, bei der die Verantwortlichen für die Schäden radikal zur Verantwortung gezogen werden. Unterstützt wird der Schrei nach Gerechtigkeit auch durch das mehr volkswirtschaftlich vorgetragene Ideal der Konkurrenz, nach dem es dem großen Ganzen nur nützen kann, wenn Versager für ihr Versagen haftbar gemacht werden und ausscheiden. Das Bedürfnis, nach Missetätern zu fahnden, ebenso wie das Begehren, die schwarzen Schafe zu eliminieren und dem Gewerbe ein Korsett an Verhaltensregelungen zur Verhinderung schwarzer Schafe zu verpassen, wird regelmäßig bedient, letztlich aber doch immer in die Schranken gewiesen. Wenn die eine Seite das Spekulantengesindel mal so richtig das Fürchten lehren möchte: „*Angst muß wieder zu spüren sein, damit die Spekulanten in- und außerhalb der Banken das wahre Risiko ihres Handelns erkennen*“, kontert die andere mit einer Ehrenrettung der Zunft unter überhaupt nicht ironisch gemeinten Überschrift: „*Spekulanten sind ein Segen*“. (SZ, 5. und 12.8.) Den Anhängern einer Staatsidee, nach der das Geldwesen unter Androhung von Strafe ebenso autoritativ auf gemeinschaftsdienliches Benehmen zu verpflichten wäre wie andere aus dem Ruder laufende Elemente der Gesellschaft auch, wird entgegengehalten, dass es schwer auf das Funktionieren dieser Sphäre ankommt und deshalb von allen Maßnahmen, die es beeinträchtigen könnten, dringend abzuraten ist...

Nicht nur von den Kollegen, sondern auch praktisch wird ihnen der Bescheid erteilt, dass ihre Vorstellungen unsachgemäß sind.

4.

Schließlich geht es bei den staatlichen Operationen auch nicht um eine Rettung der vergeigten Wertpapiere oder gar des Privatvermögens der Hasardeure. Schulden werden nicht geschenkt, die geplatzten Geschäfte nicht ungeschehen gemacht, die Verantwortlichen nicht schadlos gehalten; die Entwertung von

Eigentumstiteln findet allenthalben statt. Die staatlichen Instanzen sind vielmehr um die *Rettung der Dienste* bemüht, für die das Gewerbe gebraucht wird - als *das* Beispiel muß das Vergeben wachstumsförderlicher Kredite herhalten.

Die staatliche Fürsorge, die dem einen oder anderen Institut zuteil wird, wird schließlich wegen des Risikos aktiv, dass sein Fallieren andere hereinzieht, den *ganzen* Sektor gefährdet. Schließlich zeichnet sich diese Sparte der Wirtschaft dadurch aus, dass die Verlegenheit der einen oder anderen Bank droht, besagte Kettenreaktion auszulösen und die Funktionsweise des *ganzen Systems* anzugreifen: Wenn sich die Geldinstitute wechselseitig ihr Vertrauen entziehen, d.h. den verbuchten Geldwert ihrer Emissionen und Depositen bestreiten, versetzen sie der Reihe nach diese Werttitel in eine Abwärtsbewegung. Und ebenso wundersam wie die Geldwelt den Aufschwung mit ihren hinterher so undurchschaubaren Paketen geschaffen hat, fällt ein Riesenhaufen Papiere in sich zusammen. Und nicht nur der. Da der Ausweis von »Vermögen' und Sicherheiten' der Geldinstitute nicht zuletzt darauf gründet, fehlt es denen wiederum an Mitteln, mit denen sie Geschäfte machen, Zahlungen für andere erledigen, eigene Kredite aufnehmen... Mit dem Geld der Banken ist das Geld der Gesellschaft gefährdet.

Dagegen schreiten die staatlichen Geldhüter ein. Mit der Sorge, dass von den finanziellen Turbulenzen eine „*Wirkung auf*“ die gesunde Sphäre der Realwirtschaft auszugehen droht, gestehen sie ein, dass der Erfolg der letzteren auf der Akkumulation der Finanzwelt *beruht*. Weil die solide Realabteilung mit Zirkulations- und Investitionskrediten wirtschaftet, um Realisierung und Wachstum zu antizipieren, und ohne die Kredite nicht die imposanten Zahlen in ihren Büchern stehen hätte, darf die Kreditwirtschaft nicht vor die Hunde gehen. Die staatlichen Instanzen sehen sich dazu aufgerufen, dieses gefährdete Verhältnis zu heilen.

Das Rettungsprogramm greift auf das sehr gewöhnliche und gar nicht umfangreiche Instrumentarium zurück, mit dem der Staat als Garantiemacht des Geldes immerzu hantiert: Die um sich greifende Entwertung des Bankvermögens wird als Liquiditätsproblem gefasst und entsprechend therapiert. *Außer*gewöhnlich ist der Einsatz der Nationalbanken nur im Kontrast zu den Zielen des Steuerns (der Konjunktur, der Inflation, des Außenhandels); zu den Dogmen der Regiekunst, die eine Notenbank ausübt, passen die Reaktionen auf die Bankenkrise nicht recht. Nationalbanken oder von denen beauftragte Dritte tun so, als ob die ‚assets' der Financer nur gerade nicht genügend wert sind, weshalb der Staat bloß - ebenso vorübergehend - die fehlende Liquidität zu ersetzen hätte; weitblickende Experten mahnen vorsorglich, dass eben diese ausufernde Liquidität demnächst auch wieder einzusammeln wäre. Die Finanzbehörden kaufen auch notleidende Kredite und fragwürdige Papiere auf, verstauen sie irgendwo unter dem Titel Vermögen und kaschieren mit Hilfe dieser Transaktionen die Tatsache, dass die Titel geplatzt und wertlos sind. Die Notenbanken treten mehr wie die Feuerwehr in Erscheinung als in der gewohnten Pose souveräner Lenker, vermehren die „Geldmenge“ ohne Bezugnahme auf irgendein Wachstum in Größenordnungen, bei dem sich das normale Publikum mit der Anzahl der Nullen schwertut.

Aber es liegt schließlich eine Notlage vor: Der Finanzwelt gehen die Geschäftsmittel aus, weil das Vertrauen in zahlreiche und mächtige Akteure erschüttert ist - und umgekehrt. Also storniert die Bank der Banken ihre prüfende Haltung und *ersetzt Geschäftsmittel und Vertrauen* in einem, indem sie Liquidität stiftet. Um die *Leistungen* des Finanzgewerbes für die andere Abteilung der Volkswirtschaft zu sichern, wird der *Fortgang* seines Betriebs gesichert, die Finanzkünstler werden mit neuen Mitteln ausgestattet, also materiell dazu ermächtigt, weiterzuwirtschaften.

5.

Das tun die Akteure des Finanzwesens denn auch. Allerdings nicht im Sinne des Ideals, das mit den geldpolitischen Extratouren, kombiniert mit „Kontrolle & Transparenz“, auflebt, demgemäß ein störungsfreier Finanzsektor die Realwirtschaft wieder reibungslos versorgt und die Schranken der Märkte, den Einbruch an Zahlungsfähigkeit ungeschehen macht. Mit der Liquidität, die der Staat zur Verfügung stellt, geht keine Korrektur oder Kritik einher, und die staatliche Ausstattung legt auch keine Konditionen fest, wie sie zur Förderung von Industrie und Handel zu verwenden wäre. Der Auftrag lautet eben bloß, dass das Bankgeschäft wieder funktionieren, sich um seinen Erfolg kümmern soll.

Und das tut es nach seinen Kriterien, mit gleich in zweierlei Hinsicht kritischen Folgen.

Zum *ersten* ist die Fortsetzung der Vernichtung von Finanztiteln überhaupt nicht beendet. Was die staatlichen Instanzen mit ihrem Ersatz von Liquidität nicht herbeioorganisieren können, ist das Vertrauen der Finanzer *untereinander*. Die lassen sich ihr Misstrauen nicht abkaufen, sehen sich darin eher noch durch die außerordentlichen Aktionen der Notenbanken bestätigt, betätigen ihre Zweifel gegeneinander durch „große Zurückhaltung auf dem Interbankenmarkt“, legen Zug um Zug offen, wie sehr sie *alle* an der Herstellung der Blase beteiligt waren, an deren Haltbarkeit sie nun nicht mehr glauben mögen, seitdem das Ding so heißt, und befördern auf diese Weise den Wert selbiger Papiere und Pakete ins Bodenlose - die Kettenreaktion geht weiter.

Zweitens aber sind „die Märkte“ überhaupt nicht „gelähmt“, vielmehr nimmt das Spekulieren auf sehr spezielle Geschäftsartikel einen gewaltigen Aufschwung: Öl & Lebensmittel...

Die Finanzhändler tun genau das, was sie gelernt haben. Sie holen sich vom Staat soviel Liquidität wie sie meinen, gebrauchen zu können, besichtigen die ganze Welt im Hinblick auf Geschäftschancen, und der geschäftstüchtige Blick findet auch Sektoren, die vielversprechende Gewinnerwartungen verkörpern: Der unwiderstehliche Reiz des Geschäfts mit Öl und anderen Rohstoffen besteht nämlich darin, dass die Preisentwicklung dieser Güter eine bombenfeste Grundlage im *Konkurrenzkampf der Nationen*, in einem *Machtkampf* um „unsere“ Energie- und sonstige Versorgung hat. Die Herren Geldanleger entnehmen ihre „Daten“ einer Weltökonomie, in der ein großes Hauen und Stechen um Ressourcen stattfindet.

Seit einiger Zeit nämlich haben die westlichen Nationen, wie man hört, um die Kontrolle über „unsere“ Rohstoffversorgung zu kämpfen, gegen zweifelnde Weltmarktteilnehmer, die einerseits von diesen Gütern den Hals nicht voll kriegen oder sie - als Lieferanten - „knapp machen“, während wiederum andere Schurken die Preise auch noch bezahlen. Die Subjekte von Angebot und Nachfrage, die heute als Störfälle auf „unserem“ Weltmarkt dingfest gemacht werden, haben politische Adressen, China, Venezuela, Russland, Iran... Und der Weltmarkt, das Paradies des freien Handels und Wandels, entpuppt sich zunehmend deutlicher als Konkurrenz von Nationen, von Staaten, die aus dem Weltmarkt Mittel zur Stärkung ihrer Macht beziehen und zu Konkurrenten aufwachsen - was so neu zwar nicht ist, aber seit neuestem als Störfall der Weltordnung definiert wird. Da heißt es grundsätzlich unterscheiden, zwischen guten und bösen Nationen. Eine missbräuchliche Bereicherung und Nutznießerschaft an den Errungenschaften des Weltmarkts ist zu konstatieren; z.B. sind Staatsfonds unterwegs, deren Bereicherungsabsichten keineswegs so einfach in Ordnung gehen, wenn man ihre Herkunft in Betracht zieht, so dass die dazu befugten Nationen sich um die Frage der *Berechtigung* von Zugriff und Lieferung, von Kapitalexport und auswärtiger Niederlassung kümmern müssen.

Dafür, dass sich der Segen der Globalisierung so schnell in dringenden politischen Regelungsbedarf verwandelt hat, dass Nachfrage und Angebot elementar wichtiger Güter unter Staatengegensätze subsumiert sind, dafür dass sich die Weltmarktteilnehmer so feindlich begutachten, haben die USA gesorgt. Seitdem sie eine unerträgliche Störung ihrer Weltordnung identifiziert haben, die darin besteht, dass fertige oder werdende Schurkenstaaten sich am Weltmarkt bedienen, Rohstoffgewinne zu ihrer Stärkung missbrauchen und/oder Terror finanzieren, führen sie ihren Anti-Terrorkampf auch auf der Ebene des Weltmarkts und subsumieren den bekanntlich Frieden stiftenden Handel unter ihre Gesichtspunkte politischer Feindschaft. Dazu kommt die fortdauernde Kriegsdrohung gegen den verbliebenen Schurkenstaat im Nahen Osten, der Region, wo nicht unwesentliche Mengen „unserer“ Energie herrühren. Umso mehr gerät die „Zuverlässigkeit“ unserer Energieversorgung zum erstklassigen Sorgegegenstand, und eine demgemäße Besichtigung aller Staaten als Freund und Feind ist geboten. So reüssiert dann, trotz der reichlichen Erschließung und Benützung von Rohstoff-Quellen weltweit, das Argument von den ‚knappen‘ Ressourcen. Es verdolmetscht den Skandal, dass sich der Westen nicht mehr als unbestrittener Herr aller Ressourcen auf seinem Weltmarkt anerkannt sieht.

Und eben diesem kriegsträchtigen Streit um die politisch-strategische Aufteilung der Welt entnehmen Spekulanten die hoffnungsvollen Zeichen für aufstrebende Geschäfte: Dass der Konkurrenzkampf der Nationen, kombiniert mit einer permanenten Kriegsdrohung an Schärfe gewinnt, hat für diese Kreise die hochinteressante Seite, dass solche Zeitenläufe einen Preisboom an der Rohstofffront verbürgen. Und da legt dieser Berufsstand los, rechnet lauter *Gewaltfragen* auf Prozente herunter und verwertet sie *als Geschäftschancen*. Preisrevolutionen wegen Konkurrenz und Kriegen lassen sich allemal rentabel verbriefen!

Der neue Typus von Kriegsgewinnlern „wettet“ auf steigende Weltmarktpreise, sattelt sein Geschäft auf diese Krisenkonjunktur drauf und befördert die Preise erst recht rasant nach oben. Das hindert die Öffentlichkeit nicht an ihrer Ehrenrettung des Gewerbes mit dem wunderbaren Kompliment, dass diese Branche einen Beitrag zur Umverteilung knapper Ressourcen, bei der Förderung von Produktion und Handwerk leistet. Was da wächst, ist aber nichts anderes als ihr eigenes Papierwesen, was denn auch sonst. Broker und Fondsmanager inszenieren Beschaffungsmaßnahmen für ihr Gewerbe, „produzieren“ neue Papiere und Spekulationsmaterial. Diese Geschäftssparte bringt es ganz hervorragend hin, in Gestalt ihrer Terminkontrakte und Zertifikate auf Rohstoffgewinne das Recht auf Erwerb von Stoffen als ein Mehrfaches der Menge zirkulieren zu lassen, die überhaupt als käufliche Ware auf ihrem Sektor Weltmarkt in Erscheinung tritt. Total emanzipiert von der produktiven Grundlage, frei von jeder Berührung mit sachlichem Reichtum blüht ihr Geschäft auf.

6.

Das Treiben der Finanzwelt, zu dem diese durch staatliche Mittel ermächtigt und befähigt wird, hat andere Wirkungen auf die Realwirtschaft als die, die mit der staatlichen Rettungsaktion dieses Sektors intendiert waren. Indem die Spekulation die Daten benützt, die die Politik bezüglich politisch umstrittener Stoffe liefert, *verallgemeinert* sie Preisbewegungen, sie *verschärft* sie, spekuliert auf den „Trend“, so dass die realen Preise *deswegen* heraufgehen, und verleiht dem von ihr produzierten „Trend“ durch die *Masse* des fiktiven Kapitals, das sie in diese „Märkte“ wirft seine besondere Wucht: Sie verdoppelt den Ölpreis binnen eines Jahres, und parallel dazu lässt sie die Preise auf den Getreidemärkten explodieren - die Jahrhundertteuerung ist das Werk der Finanzwelt. Dieser Preisschub hat seine Quellen nicht in der Sphäre der Realwirtschaft, schlägt aber umgekehrt dort als Verteuerung von deren Elementen zu Buche und stiftet eine Kettenreaktion an der Preisfront: Überall da, wo gegessen und getankt wird, darf es ein bisschen mehr sein. Mit den beiden Warenkategorien Lebensmittel und Energie erzielt die spekulativ produzierte Teuerungswelle eine ziemlich universelle Wirkung.

Der ist im übrigen auch ein Stück Aufklärung über das Phänomen *Inflation* zu entnehmen: Von wegen: Warenberg und Geldberg geraten in ein Missverhältnis - die Inflation ist nicht das Werk so träger Größen; zwischen denen bewegt sich ein enorm aktiver Geschäftsgeist. Einmal durch die Spekulanten angestoßen, setzt die übrige Geschäftswelt die Preise hoch, nach dem grundsoliden Prinzip: Soviel nehmen, wie man kriegen kann. Jeder, der die Macht hat, einen Preis anzusetzen, nimmt sich sein Teil, mal mit Gewinn, mal mehr, um sich schadlos zu halten. Aber das ist schließlich auch eine ehrwürdige marktwirtschaftliche Sitte, dass steigende Kosten per Preis an die Abnehmer weitergereicht werden. Das Gemeinschaftswerk, an dem nicht zuletzt der Staat mit seinen Steuersätzen partizipiert, dehnt die Teuerung flächendeckend auf so gut wie alle Geschäftsartikel aus, bis dann im Ergebnis Inflationsraten wie Wasserstandsmeldungen verkündet werden. Der banale Witz des Profitmachens durch

Preispolitik kommt beim Gerede über Inflation nicht mehr vor; dieser marktwirtschaftliche Geschäftsgeist, ohne den eine Geldmenge nie und nimmer eine Wirkung auf die Warenpreise zustandebekäme, wird ausgeklammert; stattdessen konstruiert der wirtschaftliche Sachverstand sich eine anonyme Seuche namens Geldentwertung zurecht, an deren Zustandekommen allenfalls der Staat mit seinen Geldmengen irgendwie beteiligt ist, für deren Bewältigung ganz sicher aber die Löhne haftbar gemacht werden müssen...

So sorgt das Zusammenwirken von Spekulation und gesundem Geschäftsgeist aller Handeltreibenden dafür, dass mitten im 1. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts Energie und Essen unerschwinglich werden und ein neuer Schub von Verelendung in Gang gesetzt wird.

Die unter kapitalistischer Regie erzielte Revolutionierung der Landwirtschaft und Verbilligung der Lebensmittel hat billige Arbeitskraft ernährt und ihren Nationen als Waffe der Konkurrenz gedient. Diese beiden Funktionen werden nun in Frage gestellt, und die Regierungen sehen sich vor der doppelten Aufgabe, sowohl Stabilitätsgefährdende Aufstände niederzuschlagen und unter Kontrolle zu bringen als auch ihren Staatshaushalt durch gesteigerte Subventionen für Lebensmittel zu belasten. Die Teuerungswelle bewirkt eine neue Selektion in den Völkern und in der Staatenwelt anhand des Kriteriums, wer den Preisen standhalten kann.

Der spekulativ bewirkte Preisschub *beschlagnahmt Kaufkraft*, die von Konsumenten wie die von Staaten; am Ende des ganzen Wachsens und Produzierens steht schließlich der ‚Verbrauch‘; in dem Maß, in dem die Teuerung die Zahlungsfähigkeit des Endverbrauchers' okkupiert, werden die Schranken des Marktes enger gezogen, der Gegensatz zwischen einer wachstumsbeflissenen Produktion und dem Drangsal, die Masse an Ware auch an den - zahlungsfähigen - Mann zu bringen, wächst, Produktion rentiert sich nicht mehr. So leistet die Finanzwelt noch einen Beitrag zur Herstellung der Krise.

*

Schlechte Meinungen über Spekulanten werden zur Zeit reichlich verbreitet; eine Ahnung davon, worin ihr Gewerbe besteht und warum es mit großer Regelmäßigkeit ins Ungesunde ausschlägt und Blasen produziert, weniger. Lauter Bescheidwiser instruieren die Volksmeinung, indem sie den Volkszorn auf die Spekulanten erst auf-, dann wieder abwiegeln, um ein unverzichtbares Gewerbe und schwarze Schafe oder Versager zu unterscheiden und am Ende gar keinen bestimmten Zusammenhang mehr, sondern nur noch ein großes unübersichtliches Faktorenkarussell vorzuführen. Wieso aber folgt aus einem latenten oder wirklichen Kriegszustand eine Wirkung auf alle Tankstellen? Woher die Redensart „geraten auch andere Finanzwerte unter Druck“ - wer rechnet denn so und veranstaltet den Druck? Tätig auf diesem Sektor ist schließlich kein wüstes Bündel von Faktoren, sondern Akteure, die ihre Interessen verfolgen. Es sind schon genau *dieselben* Instanzen, die Führer von Wirtschaft und Geldwesen, die Säulen der Marktwirtschaft, deren Geschäftsgeist die Menschheit ihren Wohlstand und jeden Fortschritt zu verdanken haben soll, denen sie die aktuelle Großvernichtung von Reichtum durch Teuerung

und Krise, samt ruinösen Wirkungen auf ihren Lebensunterhalt zu verdanken hat.

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Akkumulation von Geldkapital und Kreditpapieren aller Art einiges an Diensten für die Realwirtschaft verrichtet. Schließlich sorgt diese Branche ja dafür, dass die verschiedensten Schranken des Marktes hinfällig werden, gar nicht als existent behandelt zu werden brauchen. Ebenso wenig ist aber zu bestreiten, dass eine Überakkumulation in diesem Sektor dazu geeignet ist, die Schranken des Marktes spürbar zu machen, plötzlich ganz neu zu ziehen. Tatsächlich schlägt die große Leistung des Kreditgewerbes hier um, und seinem vorherigen Nutzen für die Kapitalakkumulation entspricht jetzt deren Gefährdung. Sowohl der Zusammenbruch von Krediten als auch die staatliche Steuerung, die Behebung der Notlage im Kreditsektor sorgen dafür, dass sich die Kreditkrise in eine der Realwirtschaft transformiert - über die Kontraktion der Kreditvergabe wie über eine neue Sorte Spekulation: Die staatlichen Rettungsaktionen erlauben dem Finanzgeschäft, seine geplatzte Spekulation durch eine neue zu ersetzen in Gestalt von Papieren, die auf das Preiswachstum materieller Ressourcen ausgestellt sind. Diese Fortsetzung der Spekulation mit staatlicher Hilfe sorgt für eine Teuerungswelle und damit für eine plötzliche Veränderung der Kosten des Kapitalvorschusses ebenso wie für eine weltweite Beschränkung der Zahlungsfähigkeit der Massen. Am Ende können die Kollegen von der Realwirtschaft, vom Mittelstand bis zu den ganz Großen, nicht mehr rentabel weiter produzieren. So „kommt“ dann die Finanzkrise in der Realwirtschaft „an“.

*unauthorisierter OCR-Scan des Artikels aus
GegenStandpunkt 3-08*